

# *Übersicht*

## **Die Zukunft des Geldes**

### *Overview*

### **The Future of Money**

Die Übersichten enthalten auszugsweise Übersetzungen von OECD-Publikationen. Sie sind unentgeltlich beim Online-Bookshop der OECD erhältlich ([www.oecd.org](http://www.oecd.org)).

Diese Übersicht ist keine amtliche OECD-Übersetzung



**ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG**

**ORGANISATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT**

# Die Zukunft des Geldes

## Kurzzusammenfassung

Um es kurz und bündig mit einem aktuellen Begriff auszudrücken, heißt die Zukunft des Geldes Digitalisierung. Dieser allgemeine Schluss lässt sich bei eingehender Befassung mit der langen Geschichte des Geldes und seiner wahrscheinlichen Beziehung zu künftigen sozioökonomischen Veränderungen ableiten. Historisch gesehen hat sich Geld über die Jahrtausende hinweg zu einem immer abstrakteren Begriff, zu einer rein symbolischen, entmaterialisierten Repräsentation entwickelt. Mit Blick auf die Zukunft ist jedoch weniger klar, wann die letzten Spuren von Scheinen und Münzen verschwunden sein werden und, wie manche meinen, ob überhaupt. In Bezug auf diesen "Endspurt" gehen die Meinungen auch hinsichtlich der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen sowie des endgültigen Auslösers, der dies bewerkstelligen könnte, auseinander. Innerhalb dieser Bandbreite stehen an einem Extrem die Bemühungen der Währungsbehörde (Board of Commissioners of Currency) in Singapur, das Geld im Rahmen umfassender Maßnahmen bis 2008 zu entmaterialisieren und durch ein funktionales Surrogat sowie ein wesentlich effizienteres elektronisches System zu ersetzen. Am anderen Extrem haben viele Zentralbanken und Regierungen überwiegend eine konservative Position bezogen, weshalb die jüngsten Bemühungen, für eine weitere Verbreitung von elektronischem Geld zu sorgen, nur einen begrenzten Erfolg verbuchen konnten.

Es gibt triftige Gründe, eine weiter reichende Digitalisierung des Geldes sowohl im Hinblick auf deren wirtschaftliche als auch soziale Bedeutung, und wie eine solche herbeigeführt werden kann, in Betracht zu ziehen. Ökonomisch lässt sich ins Treffen führen, dass das langsame Tempo bei der Einführung neuer Zahlungssysteme, die zur allgemeinen Verbreitung von E-Geld in der Wirtschaft führen könnten, hohe öffentliche wie auch private Kosten nach sich zieht. Dabei handelt es sich nicht nur um die bekannten Direktkosten, die in hohem Umfang durch Handling, Clearing und Kontrolle von materiellem Geld entstehen, sondern auch die weniger offenkundigen Verluste, die mit den Schwierigkeiten beim Übergang zu einer "neuen immateriellen Wirtschaft" verbunden sind. Von der Warte dieser "Opportunitätskosten" aus gesehen, sind elektronische Sofortzahlungssysteme mit globaler Reichweite ein grundlegender, nach wie vor unzureichend entwickelter Teil der Infrastruktur, die für den Erfolg der künftigen globalen wissensintensiven Wirtschaft unumgänglich ist - einer Wirtschaft, in der E-Commerce in all seinen Formen voraussichtlich einer der Schlüsselfaktoren für die wirtschaftliche Gesamtleistung sein wird.

Vom sozialen Standpunkt aus betrachtet, stellt sich die Frage, wie die Kosten für die Zahlungssysteme umgelegt werden und wie der Zugang für alle sichergestellt werden kann.

Zurzeit bleiben die Kosten für Bargeld (und bargeldähnliche Instrumente wie Schecks und Kreditkarten) dem Verbraucher verborgen. Es steht kaum zur Diskussion, ob es recht und billig ist, de facto Quersubventionen zwischen Barzahlern (vor allem "banklosen" ohne anderweitige Möglichkeiten) und Kreditkartennutzern aufzuzwingen, wenn die Kreditkartenanbieter Geschäftsinhabern das Gewähren von Skonto für Barzahlung untersagen. Ähnlich fallen bei vielen Clearing- und Abrechnungssystemen hohe Gebühren und lukrative Wertstellungsgewinne an, die im Falle von Überweisungen durch Gastarbeiter, Finanzdienstleistungen für sozial Ausgegrenzte oder die Förderung von Mikrounternehmensgründungen gravierende soziale Folgen haben können. Ebenso ernst ist das Risiko, dass es künftig zu einer tiefen sozialen Trennlinie kommen kann, wenn der Zugang zu E-Geld praktisch die Voraussetzung ist, um von geringeren Transaktionskosten und blühenden Cybermärkten profitieren zu können.

Fügt man zu diesen sozialen Belangen noch die wirtschaftlichen hinzu, spricht Vieles für eine aktive Politik, deren Ziel es sein muss, E-Geld so rasch wie möglich einzuführen, bis schließlich Bargeld nahezu gar keine Rolle mehr spielt. Diese Schlussfolgerung ist jedoch kein Ergebnis der jüngsten Überlegungen über die Zukunft des Geldes, denn dabei lag der Schwerpunkt, was durchaus verständlich ist, auf den neuen, vielversprechenden Technologien zur Einführung von E-Geld als Ersatz für reelles Geld sowie deren Folgen für die Zentralbanken. Was das Weiterführen einer effizienten Volkswirtschaftspolitik anbelangt, sind diese Technologiefolgenabschätzungen zu beruhigenden Schlussfolgerungen gelangt. Ein derart technologiezentrierter Ansatz neigt jedoch dazu, bedeutende Einflussgrößen für die Zukunft des Geldes sowie wichtige politische Fragen und Instrumente vergessen zu lassen. Wie sich bei dieser Konferenz zeigte, haben die Politiker allen Grund, nicht nur das Tempo bei der Einführung des E-Geldes von morgen in allen Bereichen der Wirtschaft zu beschleunigen, sondern auch den politischen Schwerpunkt zu verlagern - von der Technologie der Geldsysteme (materiell) auf monetäre Abkommen und Standards (virtuell) als Grundlage für Clearing- und Abrechnungssysteme, die von allen an Geldtransaktionen Beteiligten verwendet werden können.

Zwei Präzedenzfälle bieten wertvolle Hinweise dafür, warum es Sinn macht, die politischen Bemühungen der virtuellen Seite des Geldes zuzuwenden. Erstens hat das Internet als Netzwerk der Netzwerke unter Beweis gestellt, dass durch einheitliche Standards (TCP/IP und HTML, die beide ursprünglich vom öffentlichen Sektor stammen) Technologieneutralität (geräte- und digitaltechnisch) erzielt werden kann. Das ist wesentlich, da dadurch auf der Anschlussseite ein offener Markt entsteht, der Wettbewerb, technische Fortschritte und eine breit gestreute Nutzungsvielfalt zulässt. Zweitens liefern die nationalen Interbankenclearingsysteme und die internationalen Währungsmärkte Beispiele dafür, wie die Politik in der Vergangenheit dazu beigetragen hat, Regeln zu erlassen und Institutionen, die komplexe Abrechnungssysteme mit relativ hoher Zuverlässigkeit und Effizienz führen, zu fördern. Politische Initiativen dieser Art könnten einen umfassenden Beitrag dazu leisten, das technologische Potenzial in eine leistungsfähige wirtschaftliche Realität zu verwandeln.

Die Terroranschläge vom 11. 9. 2001 haben es noch deutlicher gemacht, wie notwendig und dringlich die rasche Einführung weiter reichender Clearing- und Abrechnungssysteme auf der Basis allgemein vereinbarter Regeln ist, um die Transparenz der Finanztransaktionen sicherzustellen. Mit offenen Standards für weltumspannende Zahlungssysteme in Anlehnung an das Internet sowie international vereinbarten, im Systemcode eingebauten Grundsätzen im

Hinblick auf den Datenschutz und das Wahrnehmen von Bürgerpflichten bietet sich eine hervorragende Gelegenheit, illegale Geschäfte jeder Art zu unterbinden. Zum einen könnte dadurch die Rolle von Bargeld erheblich geschmälert werden und zum anderen wird für ein einheitliches transparentes Umfeld zur Abwicklung der Finanzaktivitäten, das allen Wirtschaftskräften gleichermaßen dient, gesorgt. Viele Teilstücke solcher Systeme gibt es bereits oder stehen in Entwicklung. Nun, da die globale Verflechtung für alle ein Faktum ist, besteht die Chance, noch eindringlicher bewusst zu machen, wie wichtig es ist, eine ehrgeizige, innovative politische Agenda für die Zukunft des Geldes zu erstellen.

Die vorliegende *Übersicht* enthält die Übersetzung von Auszügen aus:

*The Future of money*

*L'avenir de l'argent*

© 2002, OECD.

Die Publikationen sind gegen Entgelt beim OECD Paris entre:  
2, rue André-Pascal, 75775 Paris Cedex 16, Frankreich, und  
unter [www.oecd.org](http://www.oecd.org) erhältlich.

*Übersichten* sind unentgeltlich beim OECD Online Bookshop erhältlich ([www.oecd.org](http://www.oecd.org)).

Die *Übersichten* werden von der Abteilung Rechte und Übersetzungen, Direktion Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation, ausgearbeitet.  
E-mail: [rights@oecd.org](mailto:rights@oecd.org)  
Fax: +33 1 45 24 13 91



© OECD 2002

Die Wiedergabe dieser *Übersicht* ist unter Angabe der Urheberrechte der OECD sowie des Titels der Originalausgabe gestattet.